



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI

Betreff:

Vorschlag der Fraktion Bürger für Hohenlimburg/Die PARTEI
hier: Wiederaufnahme des Naturschutzbeirates in die Beratungsfolge der städtischen Gremien

Beratungsfolge:

17.03.2022 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Naturschutzbeirat wieder in die Beratungsfolge der städtischen Gremien aufzunehmen und in einem Mediationsgespräch auf die Kritikpunkte der Beiratsmitglieder einzugehen, um die Handlungsfähigkeit des Naturschutzbeirats zeitnah wieder herzustellen.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

Ratsfraktion
Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen
Rathausstraße 11
58095 Hagen
☎ 02331-207 4338/4226
Fax: 02331 – 207 4335



BfHo
Die PARTEI



Herrn Oberbürgermeister Erik O. Schulz
Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses
Im Hause

Hagen, den 9. März 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

die Ratsfraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI Hagen bittet Sie, folgenden Antrag gemäß § 6 (2) der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Donnerstag, 17. März 2022, zu setzen.

Wiederaufnahme des Naturschutzbeirats in die Beratungsfolge der städtischen Gremien

Beschlussvorschlag: Die Verwaltung wird aufgefordert, den Naturschutzbeirat wieder in die Beratungsfolge der städtischen Gremien aufzunehmen und in einem Mediationsgespräch auf die Kritikpunkte der Beiratsmitglieder einzugehen, um die Handlungsfähigkeit des Naturschutzbeirats zeitnah wieder herzustellen.

Begründung: Laut § 70 Landesnaturschutzgesetz NRW sollen Naturschutzbeiräte den zuständigen Behörden Vorschläge und Anregungen unterbreiten sowie Fehlentwicklungen in der Landschaft entgegenwirken. Da diese Beiräte in nordrhein-westfälischen Kommunen vorgeschriebene Vertretungen sind, der Hagener Naturschutzbeirat nach dem Rücktritt gleich mehrerer Beiratsmitglieder, darunter des gesamten Vorstands, aber nicht mehr handlungsfähig ist, ergibt sich die Dringlichkeit dieses Antrags.

Seit November 2020 wurde der Hagener Naturschutzbeirat gegen seinen Willen nicht mehr in die Beratungsfolge der städtischen Gremien einbezogen, was zuvor 30 Jahre lang der Fall war. Das führte unter anderem dazu, dass die Mitglieder seither für sie relevante Themen mühsam und zeitintensiv aus den Sitzungsunterlagen anderer Gremien zusammensuchen mussten.

Zudem war in der lokalen Presse am 9. März 2022 zu lesen, dass die Mitglieder des Naturschutzbeirates eine Geringschätzung von Umwelt- und Klimathemen seitens der Stadtspitze und der Politik, fehlende Transparenz und einen teilweise rüden Umgangston kritisieren, was zu besagtem Rücktritt gleich mehrerer Mitglieder führte.

Unter anderem beklagte die Vorsitzende des Naturschutzbeirats, Frau Antje Selter, sie habe zu den geplanten Windkraftanlagen am Stoppelberg weder Unterlagen noch Akteneinsicht erhalten. Mit solch fehlender Unterstützung seitens der Verwaltung wird § 70 (1) des Landesnaturschutzgesetzes NRW, wonach Naturschutzbeiräte bei Schutz, Pflege und Entwicklung der Landschaft mitwirken sollen, ad absurdum geführt.

Da es sich beim Naturschutzbeirat nicht nur um eine vorgeschriebene Vertretung handelt, sondern die fachliche Expertise der Mitglieder in Fragen des Umwelt- und Naturschutzes zudem unabdingbar ist, muss die Handlungsfähigkeit des Beirats umgehend wiederhergestellt und das Verhältnis zwischen dessen Mitgliedern und der Stadtspitze sowie der Politik verbessert werden.

Dabei erweist es sich als kontraproduktiv, wenn sich die Stadtverwaltung auf rein rechtliche Vorgaben beruft und im Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität am 9. Februar 2022 (Drucksachennummer: 0143/2022) erklärt, die Einbindung des Naturschutzbeirates als vorberatenes Gremium für einen Fachausschuss entspreche nicht dem gesetzlich normierten Aufgabenbereich. Vielmehr sollten die Wünsche der Beiratsmitglieder so weit wie möglich akzeptiert und deren Engagement somit gewürdigt werden.

Deshalb muss das freundschaftlich-konstruktive Gespräch mit den ehrenamtlich im Naturschutzbeirat tätigen Experten gesucht und deren Kritik ernst genommen werden, um umgehend wieder auf die für den Umweltschutz wertvollen Anregungen des Gremiums zurückgreifen zu können. Die Wiederaufnahme in die Beratungsfolge der städtischen Gremien ist für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ebenfalls unerlässlich.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Schmidt

Sprecher Fraktion BfHo / PARTEI